



„Wir wollen die Beitragsautonomie der Kassen stärken“

Heinz Lanfermann



„Ein Versicherungssystem für alle Bürger“

Prof. Karl Lauterbach

Die Positionen der Parteien ZUR Gesundheitspolitik



„Der Einheitsbeitrag ist unsinnig“

Birgitt Bender



„Das bestehende System wollen wir ausbauen“

Jens Spahn



„Solidarität und Parität statt Wettbewerb und Privatisierung“

Dr. Martina Bunge

Es ist nötig, die Beiträge mehr und mehr von den Löhnen abzukoppeln. Das Problem wird nur mit der **Einführung eines Prämienmodells** (Kopfpauschale; Anm. d. Red.) mit Solidarausgleich zu lösen sein.

Bürgerversicherung im Gesundheitssystem bedeutet: Es gibt nur noch ein Versicherungssystem für alle. Auch die privaten Versicherungsunternehmen können die Bürgerversicherung anbieten.

Versicherungsmodell

Unser **Bürgerversicherungsmodell** sieht vor, bei der Beitragsberechnung auch Einkünfte aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung zu berücksichtigen.

Mit der **Einführung von Zusatzbeiträgen** haben wir die Kosten von den Löhnen ein Stück weit entkoppelt. **Dieses System wollen wir weiter ausbauen.**

Wir möchten, dass alle Menschen Mitglied der **solidarischen Bürgerversicherung** werden. Es werden **alle Einkommen** beim Beitrag zugrunde gelegt.

Langfristig gilt: Die Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf ist ein systembedingter Nachteil. Bei einem Prämienmodell wären die Einnahmen konstant und nicht von der Konjunktur abhängig.

Mit einem dynamisierten Steuerbeitrag wollen wir weitere Einkommensarten zur Finanzierung der Krankenversicherung heranziehen und die Beitragsbelastung in vertretbarem Rahmen halten.

Langfristige Finanzierung

Eine Erweiterung der Finanzierungsbasis durch weitere Einkunftsarten, deren Anteil am Volkseinkommen wächst, würde die Finanzierung der Krankenversicherung nachhaltiger machen.

Gesundheit wird für uns alle teurer werden. Wir haben bewiesen, dass es möglich ist, verantwortungsbewusst zu sparen und dennoch zielgerichtet in eine gute Versorgung zu investieren.

Alle entrichten den gleichen Prozentsatz ihres gesamten Einkommens, ohne Beitragsbemessungsgrenze. Zuzahlungen, Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft.

Nach der Wahl werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung anpassen. Pflegeberufe sollen attraktiver werden. Wir brauchen auch eine Strukturreform für die Finanzierung der Krankenhäuser.

Die SPD wird gegen eine zunehmende Zwei-Klassen-Medizin vorgehen: Es soll nicht länger von der Versicherungskarte (privat oder gesetzlich) abhängen, wie jemand behandelt wird

Pflegenotstand und Krankenhäuser

Das Gesundheitssystem ist viel zu ärztezentriert. Wir brauchen Versorgungsnetze, in denen Ärzte, Pflegefachkräfte, Therapeuten und Krankenhäuser gemeinsam Verantwortung tragen.

In der nächsten Wahlperiode werden wir die Klinikfinanzierung grundsätzlich angehen. Die Länder müssen dabei mehr ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen.

Gute Pflege darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Länder und Kommunen müssen eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur sichern. Die Kassen haben den Betrieb sicherzustellen.

Durch den Einstieg in eine zumindest anteilige Prämienfinanzierung würden die Kassen ein stärkeres Maß an Autonomie erhalten.

Die Krankenkassen setzen den Bürgerbeitragsatz kassenindividuell selbstständig fest. Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft.

Kassenautonomie und Wettbewerb

Die Festlegung eines Einheitsbeitrags durch die Bundesregierung ist unsinnig. Wir wollen den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben.

Kassen, deren Rücklage die gesetzlich vorgeschriebene Höhe um ein Vielfaches übersteigt, sollen Prämien auszahlen müssen.

Der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen über unterschiedliche Beitragsätze hat zu den überall spürbaren Problemen geführt.

Die FDP setzt sich für die Erhaltung des bewährten dualen Systems und damit den Wettbewerb zwischen PKV und GKV ein.

Für Versicherte, die die Bürgerversicherung bei einer PKV abschließen, gilt der gleiche Tarif und die Einbeziehung in den Gesundheitsfonds. Kein Versicherter darf aus Alters- oder Risikogründen abgelehnt werden.

Zukunft der PKV

Die Privatversicherten sollen innerhalb eines befristeten Zeitraums – in die Bürgerversicherung wechseln können. Wer das nicht will, kann seinen bisherigen PKV-Vertrag aufrecht erhalten.

In allererster Linie müssen die Probleme innerhalb des PKV-Systems gelöst werden.

Unser Konzept sieht die Abschaffung der PKV als Vollversicherung vor und will sie auf Zusatzversicherungen beschränken.

Das System des steuerfinanzierten Sozialausgleichs schützt finanziell schlechter gestellte Menschen. Der Sozialausgleich könnte auch innerhalb des Beitragsystems organisiert werden.

Alle Versicherte sollen einkommensabhängig einzahlen, niemand soll überfordert werden, die großen Einkommen müssen ihren Beitrag leisten. Freiwillig Versicherte werden nach realem Einkommen bemessen.

Solidargerechtigkeit

Die Bürgerversicherung sorgt für Gerechtigkeit und ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Alle Bürger müssen sich an der Finanzierung beteiligen und es sind zwingend alle Einkommensarten zu berücksichtigen.

Der steuerfinanzierte Sozialausgleich ist gerecht. Eine steigende Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze sind das beste Mittel für ein solidarisches Miteinander.

Durch unser Modell würden die unteren und mittleren Einkommen entlastet.

Wir werden uns mit all unserer Kraft dafür einsetzen, dass die Beiträge stabil bleiben.

Eine Schätzung wäre zum heutigen Zeitpunkt unseriös.

Beitragssatz 2017

Bei der derzeitigen Rechtslage wird der Beitragssatz auch 2017 unverändert bei 15,5 % liegen.

Der Beitragssatz der Zukunft wird der von heute sein.

Die solidarische Bürgerversicherung ergibt einen Beitragssatz von 10,2 %.